

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden. Druck- und Verlagsnummer 25 241. Für die Redaktionskosten: 20011.

Bezugs-Gebühr bei jeder Lieferung in Dresden oder durch die Post monatlich 98. 275. —. Einzahlungen M. 15. —. Sonntagsausgabe M. 20. —. Die Inserate werden nach dem Tarif des Verlags berechnet.

Druck- und Verlagsnummer 25 241. Für die Redaktionskosten: 20011.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe. — Unrechtmäßige Entnahmen werden nicht aufbewahrt.

Bücher · Bibliotheken
Kupferstiche, Handzeichnungen, auch große Objekte, kauft
Buchhandlung v. Zahn & Jaensch
Waisenhausstraße 10, neben dem Central-Theater

Establishment 1. Rang — Original amerik. Bar
erstklassige warme und kalte Küche
Excelsior Diele
Seestraße 7
Konzerte Joska Lakatos, ungar. Kapellmstr. u. Cymbalvirtuos
zum 5-Uhr-Tea und abends

Dauerbrandöfen
Reiche Auswahl Bewährte Fabrikate
Transportable Herde — Prometheus-Gaskocher
Florian Czoekerts Nachfolger
Töpferstraße 9, 13, 15 Fernsprecher 25101

Rücktritt des Reichsernährungsministers.

Die Wirkung des Rücktritts auf die Sozialdemokraten.

(Ergänzung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 25. Nov. Der Ernährungsminister im Kabinett Cuno, Dr. Müller-Bonn, ist auf Grund der von sozialdemokratischer Seite gegen ihn erhobenen Vorwürfe, an den reichsrechtlichen rheinischen Sonderbestrebungen beteiligt gewesen zu sein, von seinem Posten zurückgetreten. Wer als sein Nachfolger in Frage kommt, steht zurzeit noch nicht fest. Der Rücktritt Dr. Müllers, dessen Person den Sozialdemokraten das neue Kabinett unannehmbar erscheinen ließ, dürfte für sie ausreichen, um bei der heutigen Abstimmung über den demokratischen Vorschlagsantrag nicht gegen das Kabinett zu stimmen. Möglicherweise werden sich die Sozialdemokraten, wenn sie nicht für den Antrag stimmen sollten, der Stimme enthalten.

Die Stellungnahme des Reichskanzlers im Reichstag.

Berlin, 25. Nov. Zu Beginn der heutigen Reichstags-Sitzung forderte Abgeordneter Ledebour Auskunft darüber, wie es möglich war, daß der inzwischen zurückgetretene Minister Müller überhaupt auch nur einige Stunden Minister sein konnte. Reichskanzler Cuno gibt folgende Erklärung ab:

Eine Angelegenheit, die gestern das Haus beschäftigte und mit schweren Vorwürfen gegen den Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ausklang, gibt mir Veranlassung, zu folgender Mitteilung: Ich habe die Absicht eines Briefes von Herrn Dr. Müller erhalten, den er heute an den Herrn Reichspräsidenten geschickt hat. Der Reichskanzler verliert diesen Brief, in dem es heißt:

„In der achtzigsten Sitzung des Reichstages sind von Vertretern einer großen Partei schwere Vorwürfe gegen mich erhoben worden, die darauf hinauszielen, daß ich in einer großen Frage nicht einwandfrei gehandelt hätte. Das Kabinett hat auf meine Bitte in der vergangenen Nacht die Angelegenheit geprüft und festgestellt, daß wegen meiner damaligen Haltung keinerlei Zweifel an meiner vaterländischen Gesinnung gerechtfertigt sind. (Hört! Hört! links.) Ich will feststellen, daß meine damalige Tätigkeit auf verfassungsmäßigem Boden zur Erreichung höchster vaterländischer Ziele hand. Ich bin dem an mich erponenem Rufe, in das Reichskabinett einzutreten, gefolgt in der Ueberzeugung, daß jeder seine letzte Kraft hergeben muß auf dem Gebiete, das er beehrt. In demselben Sinne stelle ich mein Amt jetzt wieder zur Verfügung. Die gestern gegen mich erhobenen ungerichten Vorwürfe haben eine solche Atmosphäre politischer Gegensätze geschaffen, die eine sachliche Lösung des Ernährungsproblems so weit hinauschiebt, daß ich die Verantwortung dafür nicht mehr übernehmen kann. Ich gebe meinen Posten zurück. Dadurch erhalte ich die Freiheit, die Sache so auszutragen, wie ich es als Minister nicht tun könnte.“

Der Reichskanzler fährt dann fort: Dieser Brief spricht für sich selbst. Auf Wunsch des Herrn Müller hat nach einem Beschluß des Kabinetts der Herr Reichsminister der Aufsicht in der vergangenen Nacht die gegen Herrn Dr. Müller erhobenen Vorwürfe geprüft. Der Abg. Soltmann (Köln) hat erklärt, er könne selbst nicht behaupten, daß Dr. Müller zu irgend einer Zeit die Lösung der Rheinländerfrage erstrebt oder gewollt habe. Damit scheiden die Vorwürfe gegen die vaterländische Gesinnung Dr. Müllers vollständig

aus. Trotzdem besteht er auf seinem Rücktritt, weil ihm die Aufgabe getreuen Gegenstände die Konzentration aller Kräfte auf sein hochbedeutendes Amt unmöglich machen würden. Ich habe gestern der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß in dieser schweren Zeit nur fruchtbarer Arbeit geleistet werden und daß unfruchtbarer Parteikampf vermieden werden muß.

Ich muß zu meinem Bedauern das Gesuch des Herrn Müller deshalb unterstützen. Ich bin mir bewußt, daß es nunmehr gilt, für dieses Amt eine Persönlichkeit zu gewinnen, die in gleicher Weise das Vertrauen der Landwirtschaft und der sachlichen Eignung für dieses Amt besitzt. Ich hoffe aber sehr bald das Kabinett ergänzt zu haben. Ich appelliere erneut in dem Gefühl der schweren Verantwortung, die auf uns lastet, an die vorkandidierten Mitarbeiter des hohen Hauses. (Recht Beifall bei der Arbeitsgemeinschaft. Abg. Ledebour ruft: Also Sie identifizieren sich mit Dr. Müller. Große Unruhe bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Dr. Stresemann (D. Sp.): Dr. Müller hat nach dem, was wir von unseren rheinischen Freunden gehört haben, das Amt des Bundespräsidenten der Rheinischen Landwirtschaftskammer bekleidet. Sie ist wohl gegen den Verdacht gefestigt, daß sie irgendwo eine nationale Tendenz vertritt. (Lärm bei den Soz.) Ich habe ebenso wie gestern der Abg. Marx nicht die Absicht, mit Ihnen darüber zu diskutieren, was nationale Gesinnung ist. (Erneut großer Lärm bei den Soz., Beifall in der Mitte.) In einem Moment, wo das Rheinland mehr als bedroht ist, wollen wir doch im Rheinland alle Kräfte zusammenfassen, anstatt hier eine Unterscheidung zu machen zwischen nationalen und internationalen Rheinländern. Damit ist diese Angelegenheit für mich und meine Freunde erledigt. Dr. Stresemann billigt den Standpunkt des Reichskanzlers, der die Träger der Ministerämter möglichst den Parteipolitischen entziehen sollte. Damit muß auch diese Angelegenheit aus der weiteren politischen Debatte auscheiden. (Zuruf links: Aber der Reichskanzler übernimmt das Programm des Herrn Müller.) (Fortsetzung des Reichstages auf Seite 2.)

Hermes durch Müllers Rücktritt kompromittiert?

Die Ansichten des Vertrauensvotums.

Berlin, 25. Nov. Die sofort nach der Demission Dr. Müllers aufgenommenen Verhandlungen über die Neubestellung des Postens des Reichsernährungsministers haben bis jetzt noch kein Ergebnis gebracht. An erster Stelle wird als Nachfolger der bisherige Reichsernährungsminister Dr. Hirth genannt, der sich jedoch kaum entschließen dürfte, den Posten wieder anzunehmen, weil die Völkische Volkspartei, der er angehört, an diesem Kabinett nicht beteiligt zu sein wünscht. Auch der frühere vorkandidierte Minister Dr. Wamboldt dürfte nicht in Frage kommen, da er bereits eine feste Stellung in der Industrie angetreten hat. In den parlamentarischen Kreisen begehrt man sich auch mit der Tatsache, daß Dr. Müller-Bonn vom Reichsfinanzminister Dr. Hermes und vom Staatssekretär Busch für den Posten des Ernährungsministers vorgeschlagen wurde. Beide Herren sind durch diese Wahl etwas kompromittiert und man glaubt, daß auch diesen daraus gewisse politische Folgen entstehen können.

Aus der heute stattfindenden Abstimmung über das Vertrauensvotum für die Regierung dürfte das Kabinett mit einer Mehrheit von etwa 440 Stimmen hervorgehen.

Sachsen, Bayern und das Reich.

An der Wiege des neuen Reichskabinetts haben neben hellen, Zuversicht einflößenden bedauerlicherweise auch dunkle Mächte Pate gestanden. Es wäre unfruchtbar und kurzfristig, wenn wir uns um das außerordentlich wertvolle nationale Programm willen, das der Kanzler Cuno vor der großen Aussprache im Reichstage verkündete, über diese Tatsache hinwegtäuschen wollten. Selbstredend darf und soll diese Einsicht nicht als eine reich wirksam gemordene Ernüchterung nach überwarm aus dem Innern hervorgebrochener Begeisterung für die neue Aera der nationalen Selbsterhaltung gewertet werden. Es kann sich vielmehr nur darum handeln, den Tatsachen und vor allem dem unangenehmen, fest und klar ins Auge zu sehen und damit dem Geiste der scharf realpolitischen Einstellung der jungen Reichsregierung zu entsprechen. Auf diese Weise werden die Gefahren, die sich der künftigen deutschen Politik in den Weg stellen werden, am wirksamsten bekämpft und am sichersten abgewendet werden können. Die außenpolitischen, in der Hauptsache auf dem Gebiete der Reparationspolitik liegenden Vermag man gegenwärtig nur zu ahnen. Sie werden erst sichere Umrisse gewinnen, wenn neben der ausländischen Presse auch die Regierungen der Mächte zu Cuno's Zielen Stellung genommen haben werden; vor Brüssel dürfte damit in wirklich eindeutiger Weise kaum zu rechnen sein.

Die Widerstände aber, die im innerpolitischen Leben Deutschlands schon heute und morgen der Cuno'schen Politik entgegenzutreten können, sind beinahe in vollem Umfange bekannt, noch ehe sie irgendwo Tatsache wurden. Sie gehen mit voller Klarheit aus der Auffassung hervor, zu der die einzelnen Länder über die Kernpunkte des innerpolitischen Programms des neuen Kabinetts, je nach der parteipolitischen Einstellung ihrer Regierungen, gelangen werden und gelangen müssen. Die Reichsregierung hat in ihrer Erklärung bekanntgegeben, daß sie die Sache der Länder, wie sie bestehen, wahren wird, und daß sie fernher „alles, was unser Volk aus einer reichen Geschichte an gutem, alten Wissen, an religiösen und kulturellen Werten übernommen hat, mit dem, was die neue Zeit an Gutem bringt und notwendig fordert, zu einer Einheit zu verwahren und in einer realpolitisch klug abwägenden, aber warm fühlenden, in Geschichte und Kultur unseres Volkes begründeten wahrhaft deutschen Staatsgesinnung“ zum Ausdruck zu bringen gedenkt. Damit hat sie sich ein Ziel gesetzt, das ebenso hart von wirklich modernem Geiste, wie von echtem vaterländischen Gefühl getragen ist. Sie wird also nicht wehr dulden, daß irgendwo im Deutschen Reich das gute Alte in den Staub gezogen und zum Schaden des Volkes vernichtet wird, sie wird Religion und Kultur als unsere wertvollsten Güter hüten und schützen, sie wird aber auch sich dem wirklich Guten, wo es in überzeugender Form in Gegenwart und Zukunft auftritt, nicht verschließen. In diesem außerordentlich vernünftigen Vorhaben liegt, so absurd es klingt, Konfliktstoff in reichem Maße, und zwar da, wo man in deutschen Ländern diesen eigentlich selbstverständlichen Reifenden in nachrevolutionärer Zeit systematisch entgegengerhandelt hat.

Das sozialistische Mitteldeutschland, voran Sachsen, wird Kulturplänen solchen Mißtrauens nicht nur mißtraulich, sondern hart ablehnend gegenüberstehen. Wir haben in Sachsen eine erdrückende Menge Beweise dafür erlebt, daß es der bisherigen Einkriegelung, die vermutlich in ihrer letzten Zusammenfassung in den nächsten Tagen erneut sich präzisieren wird, ganz und gar nicht daran gelegen ist, die geschichtlichen Ueberlieferungen der Kultur und der Religion zu achten. Von der Verdrängung der Kirche aus ihrer früheren öffentlich-rechtlichen Stellung angefangen bis zu den beiden Verordnungen Reichers gegen die Verächtlichmachung kirchlicher Feiertage in den Schulen hat es die sächsische Regierung ihre geringste Sorge sein lassen, eine „in Geschichte und Kultur begründete wahrhaft deutsche Staatsgesinnung“ zu schaffen. Erst in den letzten Tagen hat sie, wie der Volksstirische Ländebund feststellt, ein altes Herkommen zerstört und einen „Eingriff in das Hausrecht unserer Kirchen-gemeinden“ begangen, indem sie den landeskirchlichen Friedhofsverwaltungen das bisher ausschließlich Erlaubnisrecht für Bestattung und Grabmusik bei Leichenbegängnissen entzogen und diesen Brauch dem allgemeinen Ermessen freigestellt hat. Selbstredend sind solche kleine Maßnahmen nur Auftakte für eine systematische Entrechtung der Kirche, deren geplante und bedauerlicherweise schon hart vorangeschrittene Durchführung vom Geiste des parteipolitischen Programms gefordert wird. Die Sozialisten wissen zu genau, daß ihre „Maffen“ seit Generationen zu stark in traditionellen kirchlichen Bräuten, die auch ihnen trotz aller vorgeliebten Freidankerei lieb und wert geworden sind, wurzeln, als daß sie sich diese vertraut gewordenen Wohnstätten um eines falten Parteiprogramms willen nehmen ließen. Um nun die Maffen, die nun einmal an diesem Herkommen hängen und die es sich wohl überlegen würden, ob sie Parteipolitischen bleiben sollen für den Preis, daß ihre Angehörigen nicht mehr in altgewohnter Form getauft, konfirmiert, begraben werden, bei der Stange zu halten, da muß eine sozialistische Regierung wie die sächsische eben zu dem Mittel einer Isoni mit nichts zu begründenden Entrechtung der Kirche schreiten. Wir dürfen gewiß sein, daß auch die kommende

Vor neuen Reparationsforderungen.

Weitgehende Eingriffe in die deutsche Selbständigkeit.

Berlin, 25. Nov. Wir erfahren von maßgebender Seite, daß in den nächsten Tagen Ueberrazungen von Paris aus zu erwarten sind, und zwar weitgehende Forderungen, die die neue deutsche Regierung in Verlegenheit setzen werden, da sie weitgehende Eingriffe in die deutsche Selbständigkeit und deutsche Wirtschaft bedecken.

Morgan als Retter.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.)
Paris, 25. Nov. Die „Chicago Tribune“ veröffentlicht folgende Information: Französische Finanzkreise sind der Meinung, daß es möglich sei, auf eine Anleihe zurückzugreifen, um die Reparationsfrage zu lösen. Sie legen große Hoffnung auf das Eingreifen Morgans, der ihrer Meinung nach der einzige ist, der fähig wäre, Europa aus der Verwirrung herauszubringen. Morgan wird heute oder morgen in Paris erwartet, um mit dem Finanzminister Delacour über eine Anleihe an Deutschland zu verhandeln. Der amerikanische Finanzmann wird sich in Paris einige Tage aufhalten, um seinen Plan, den er auf der Konferenz von Brüssel vorlegen wird, hier genau auszuarbeiten. Er soll bekanntlich der Brüsseler Konferenz als Beobachter teilnehmen. — Wir geben diese Information, so schreibt die „Chicago Tribune“, unter den üblichen Vorbehalt wieder. Der „Matin“ hätte dieser Tage mitgeteilt, Morgan reise am Freitag nach Amerika zurück und könne deshalb die von Volinac gewünschte Aussprache mit ihm nicht mehr haben. Mit dieser Meldung des „Matin“ steht die obgenannte Information der „Chicago Tribune“ im Widerspruch.

Auswärtige Debatte im englischen Unterhaus

London, 24. Nov. Im Unterhause brachte Donar Law heute formell den Gesetzentwurf über die Verfassung des irischen Freistaates ein. Die Erörterungen in der heutigen Sitzung waren im wesentlichen den auswärtigen Angelegenheiten gewidmet. Mehrere Arbeitervertreter beteiligten sich an der Debatte. Abg. Verkill führte aus, man könne die augenblickliche Lage auf dem Festlande nur mit der größten Besorgnis betrachten. Ueberall sehe man eine Nation im Ruin, oder eine Nation, die in den Ruin gezogen werde. Die Lage der schottischen Währung werde immer schlechter. Alles weise auf die Notwendigkeit eines internationalen Zusammenwirkens hin als Bedingung für eine Besserung der Lage.

Das liberale Parlamentariermitglied Collins trat für die Streichung der allierten Schulden und für einen Verzicht Großbritanniens auf seinen Anteil an den deutschen Entschädigungszahlungen ein. Er sagte, der Vertrag von Versailles, den der Premierminister selbst mitunterzeichnet habe, treibe Europa in den Ruin. Er fragte, ob sich der Minister in der Reparationsfrage in Uebereinkunft mit Mac Kenna befinden und ob er der der Walfournote zugrundeliegenden Politik zustimme. Das Arbeitermitglied Morel sagte, ein Fester von unerwarteter Tragweite sei damit beabsichtigt worden, daß Rußland von der Lausanner Konferenz ausgeschlossen wurde.

Dollar (Amtlich): 7225